

Gedenkrede für die Opfer des Grenzregimes - Hötensleben

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin Brakebusch, sehr geehrte Präsident Busemann, sehr geehrte Abgeordnete der Landtage, sehr geehrte Frau Ministerin Keding, sehr geehrte kommunale Mandatsträger, sehr geehrte Bürgermeister, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter vom Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, sehr geehrte Frau Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten Frau Tröbs, sehr geehrter Herr Schönemann, stellvertretender Vorsitzender der UOKG, sehr geehrte Anwesende hier aus den Orten der ehemaligen Grenzregion, die sich an die Zeit erinnern, an die Sorgen und Nöte, an die Angst um sich und die Nächsten, liebe Schülerinnen und Schüler,

Ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Langer und Frau Dr. Baumgartl bedanken, dass Sie mich eingeladen haben, heute die Gedenkrede hier in Hötensleben zu halten. Das ist eine große Ehre für mich. Als Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur berate ich mit meiner Behörde Betroffene von SED-Unrecht und arbeite an der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Sachsen-Anhalt mit.

Liebe Schülerinnen und Schüler, ich bin sehr beeindruckt, wie Ihr Euch in das Schicksal und die Nöte von Menschen eingefühlt habt, die von Zwangsausiedlung hier an der ehemaligen innerdeutschen Grenze betroffen waren. Euch und euren Lehrerinnen und Lehrern ist damit etwas Wichtiges gelungen: Ihr habt Wissen verknüpft mit der Beschäftigung und Einfühlung in ganz konkrete Schicksale. Ohne diese Verbindung bleibt Wissen taub. Bei Euch aber ist zu spüren, dass mit den Betroffenen der Zwangsausiedlungen entstanden ist. Ich bedanke mich sehr herzlich auch bei Frau Tröbs, der Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten, die dieses Projekt sehr unterstützt hat, und bei der Gedenkstättenstiftung.

Ich meine, eine Gedenkrede sollte klarstellen, woran genau gedacht und erinnert wird. Klarstellen auch in welchen langen Linien die Ereignisse einzuordnen sind. Aber eine Gedenkrede ist viel mehr eine menschliche Würdigung, der Ausdruck von Anteilnahme an schwere Erfahrungen, an Verlust und an Leid. Eine Gedenkrede hat also den Auftrag, das Schwere, das Menschen erlebt haben und das den Alltag über Jahrzehnte begleitet und ihm auch seine Farbe gibt, in den Mittelpunkt zu stellen, es zu betrachten, es anzuerkennen und uns – die wir es nicht erlebt haben – in die Gemeinschaft hinein zu nehmen. Diese Gedenkveranstaltung gibt die Möglichkeit sowohl den Betroffenen, die zum Glück auch heute unter uns sind, beizustehen. Und so soll eine Gedenkrede auch Trost spenden. Eine Gedenkveranstaltung gibt dem Leid und dem Schmerz Raum. Und die Anwesenheit der Parlamentarier und Vertreter der Landesregierung signalisiert den hohen Stellenwert dieses Gedenkens. Wir sprechen hier über die Folgen der deutschen Teilung infolge des Zweiten Weltkrieges, die mit den Beschlüssen vom 26.5.1952 – heute vor 65 Jahren – in der DDR zu einem menschenrechtsverletzenden Terrorsystem wurde.

Es war die Zeit, in der Tausende deutsche Kriegsgefangene in russischer Gefangenschaft waren, in der Tausende nichtverurteilte Zivilisten in den sowjetischen Speziallagern auf dem Territorium der DDR inhaftiert waren und um das nackte Überleben rangen, eine Zeit in der nach kurzen Prozessen Menschen wegen Bagatelldelikten zu 10, 20 oder 25 Jahren Arbeitslager oder zum Tod durch

Erschießen verurteilt wurden. 1952 das war die Zeit, in der auch in der Sowjetunion Tausende Menschen hingerichtet oder in die Gulags verbracht wurden. Eine Zeit des Terrors nach dem Ende des Krieges. In der sehr lesenswerten Biografie über den Komponisten Dimitri Schostakowitsch, der in die Fänge der stalinistischen Häscher geriet, schreibt Julian Barnes: „Es herrschte wieder Frieden, und so war auch die Welt wieder auf den Kopf gestellt; es herrschte wieder Terror und damit auch der Wahnsinn.“¹ – Nach dem Krieg kam der Terror zurück.

Wer zur falschen Volksgruppe gehörte fiel unter Kollektivschuld und wurde wie z.B. die Banater Schwaben in Rumänien nach Baragan deportiert und ausgesetzt. Tausende kamen dort elend um. 1953 wurden auch an den bulgarisch-griechisch-türkischen Grenzen Befestigungsmaßnahmen ergriffen, die mit der Zwangsumsiedlung tausender unerwünschter sogenannter feindlicher Personen verbunden war. Mit dem Eisernen Vorhang wurden durch ganz Osteuropa Terrorregime errichtet. Zurück in die ehemalige DDR: Am 10. März 1952 hatte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko Stalins Note an die Westmächte mit dem Angebot übergeben, einen Vertrag über ein geeignetes neutrales Deutschland zu schließen. Die Westmächte lehnten dieses Angebot ab und schlossen am Montag, dem 26.5.1952 in Bonn den Deutschlandvertrag mit dem Westdeutschland eine sichere wirtschaftliche Perspektive erhielt. Am gleichen Montag beschloss in Berlin der Ministerrat der DDR, eine Polizeiverordnung, die die Einrichtung eines strikten Grenzregimes vorsah. Die Durchführung oblag dem Ministerium für Staatssicherheit, gezeichnet durch Minister Zaisser.

Zurück zur innerdeutschen Grenze:

Der Journalist und Kameramann F. J. Schreiber² hat die Entwicklung an der innerdeutschen Grenze über 35 Jahre lang mit der Kamera verfolgt. 1950 berichtet er, dass er aus Neugierde an die Grenze gefahren sei und ganz enttäuscht gewesen ist, weil sich dort weitgehend nur Weidezäune befanden. Die Grenze war zu dieser Zeit durchlässig und sah harmlos aus. Im Mai 1952 ist er wieder zur Stelle und filmt das Geschehen: Uniformierte pflügen den Schutzstreifen, die Anzahl der Grenzpolizisten wuchs von 1949 13.000 Mann um fast das Dreifache auf 35.000 Mann im Jahr 1952. Er filmte Grenzpolizisten, er filmte Menschen, die die Grenze überquerten, er filmte Wachmänner, die Grenzgängern über die Linie halfen, er filmte Kinder, die in den Westen winkten und von Grenzpolizisten verjagt wurden. Und er filmte 1952 Zwangsaussiedlungen, Möbel werden auf einen LKW verladen, von bewaffneten Grenzpolizei bewacht.

Mit dem Ministerratsbeschluss wurde die Grenze zu Westdeutschland auf 1.376 km längs durch Deutschland (mit einem 10 m Kontrollstreifen, einen 500 m Schutzstreifen und einer 5 km Sperrzone) befestigt. Die Sprache war kriegerisch und verräterisch: Von Feinden, von Volksfeinden, von Schädlingen, von kriminellen, von Ungeziefer war die Rede. Menschen menschliche Qualitäten abzusprechen, gehört zur Ausstattung jeden Terrorregimes. Wenn man eine Grenze zwischen den Guten, die für die richtige Sache, den Sozialismus, den Frieden eintreten, gegen den Faschismus und an der Seite Stalins stehen, zieht und den „anderen“ menschliche Eigenschaften abspricht, gibt es die Möglichkeit, dauerhaft genügend Personal für solches politische Handeln zu rekrutieren.

Diese Grenze wurde fortlaufend bis 1989 zum tödlichen Eisernen Vorhang ausgebaut:

Anzahl der Wachtürme: 302

Selbstschussanlagen (zwischen 1971 und 1984): 55.000

Verlegte Minen an der Grenze: rund 1,3-1,4 Mio.

Auf Menschen abgerichtete Hunde (bis in die 80er Jahre): rund 3.000

¹ Julian Barnes, Seite 106

² Film: Halt: Zonengrenze

Die Polizeiverordnung von 1952 enthält die lapidare Formulierung: § 4 „Bei Nichtbefolgung der Anordnung der Grenzstreifen wird von der Waffe Gebrauch gemacht.“ Mit welchen Folgen! Nur sieben Jahre nach Ende des Krieges begann nun für die Menschen insbesondere an der innerdeutschen Grenze, eine Zeit der Unsicherheit und der Unfreiheit.

Die späteren Grenzübergangsstellen und insbesondere das Pass- und Meldewesen wurden vom Ministerium für Staatssicherheit kontrolliert. Und in einem Lehrfilm der Tschechen wurde über ihre innere Ausrichtung gesagt: „In Zeiten des Friedens wie in Zeiten des Krieges handeln“. Genau diese Atmosphäre von Krieg ist über die Zeit des Eisernen Vorhangs hin verbreitet worden. Ich traf Anfang der 1990er Jahre eine alte Dame aus Wien, mit der ich mich über die deutsche Wiedervereinigung unterhielt. Sie sagte: „Wissen Sie, erst mit der Wiedervereinigung ist doch der Krieg wirklich zu Ende. Und sie in Ostdeutschland hatten die Last dafür zu tragen.“

Wegen dieser Last des kalten Krieges ist es wichtig, dass die Lebensgeschichten der betroffenen Menschen erzählt werden. Deshalb möchte ich an dieser Stelle stellvertretend Herrn Achim Walther, dem langjährigen Vorsitzenden des Grenzdenkmalvereins sehr danken. Durch seinen mutigen und beharrlichen Einsatz nach 1990 ist der ehemalige eiserne Vorhang als Grenzdenkmal hier in Hötensleben erhalten worden und führt uns als Flächendenkmal die Funktionsweise des eisernen Vorhangs mit Minen, Stacheldraht und Hunden vor Augen. Und es ist gut, dass dieses Denkmal zur Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn zugeordnet wurde, um die Zusammenhänge besser deutlich zu machen. Und dass wir uns hier mit unseren niedersächsischen Nachbarn treffen und sie mit uns der Opfer gedenken.

Hier in Hötensleben war die Grenze besonders nah. Achim Walther erzählt, dass es neben Hötensleben in Böckwitz-Zicherie, das geteilt wurde (in der Altmark) und Eckerthal-Stapelfeld die nächsten Dörfer an der Grenze gab. Hier konnte man sich nicht besuchen, aber etwas zurufen. Man hörte die Kirchenglocken, den Posaunenchor von drüben. Und man hatte Angst, denn jede Kritik wurde als Feindschaft verstanden. In der Altmark wurden die Dörfer Jarsau und Stresow geschleift – sie sind wüst. Erst in diesem Jahr ist eine Ausstellung über die Wüstungen Jahrsau in Berlin gezeigt worden.³ (In Sachsen-Anhalt wurden nach Erhebungen der Gedenkstätte Deutsche Teilung im Jahr 1952 genau 2.148 und im Jahr 1961 genau 372 Personen, insgesamt also 2.520 Personen zwangsweise ausgesiedelt. In ganz Ostdeutschland betraf dieses Schicksal insgesamt ca. 11.000 Menschen. Aber was bedeutet Zwangsausiedlung? Hier an der innerdeutschen Grenze gab es zwei Wellen im Frühsommer 1952 die Aktion: „Ungeziefer“ und im Oktober 1961 – kurz nach Mauerbau die Aktion Festigung. Nach kurzer Vorwarnzeit wurden Familien ohne Angabe von Gründen aus ihren Häusern und Heimatorten verwiesen.)

Achim Walther ist auch zu danken, was er über die vielen Jahre das Grenzregime in seinen Büchern „Die eisige Naht“ und die „Heringsbahn“ dokumentiert hat. Und er hat Lebenserinnerungen, Briefe und Dokumente hier aus der Region zusammengetragen, die noch nicht veröffentlicht sind. Ein Schicksal, das dort benannt ist, will ich hier zitieren;

Aus: Grenzsplitter. Achim Walther berichtet in den Grenzsplittern:

Rolf K. wurde 1943 in Hötensleben geboren. Von hier wurde die Familie 1946 nach Kauzleben ausgewiesen. Sein Vater war 1946 abgeholt worden und im Speziallager Nr. 1, Sachsenhausen, das die Sowjetarmee nach Auflösung des KZ nutzten 1949 schwerkrank zurückgekommen. Sein 16 jähriger Bruder musste für die Versorgung der Familie sorgen. Am frühen Morgen des 3.10.61 – Rolf K. war schon auf Arbeit – standen um 6.00 Uhr zwei Polizisten und ein Ziviler vor ihm und forderten ihn auf, mit zu seinen Eltern zu kommen. Die Polizisten waren mit Maschinenpistolen

³ Anne Heinlein, Göran Gnaudschun: Wüstungen, 2017

bewaffnet. Rolf K. schreibt: „Ich kannte sie nicht, aber der zivile war mir bekannt. Es handelte sich um meinen ehemaligen Werkenlehrer Werner M. aus Hötensleben.“ Welches Erleben!

Rolf K. schreibt: *„Wenn ich heute alles schreiben würde, es käme ein Buch zum Vorschein. 1990 habe ich Anzeige gegen die Gemeinde Hötensleben und deren Gemeinderat von 1961 erstattet, ebenfalls gegen den Rat des Kreises Oschersleben, die unsere Umsiedlung von Hötensleben nach Königsmark Kreis Osterburg (Altmark) veranlasst haben. Es sind leider nicht mehr alle am Leben, aber heute will keiner was gesagt oder getan haben. Ich kenne meine Peiniger von damals, auch die meiner Eltern. Den Leuten, die die Menschenrechte mit Füßen getreten haben, geht es heute besser als uns Verfolgten.“* Sagt Rolf K. Auch das gehört dazu. Vieles ist noch offen geblieben.

Mir schrieb kürzlich ein Lehrer, der in der Nähe von Halberstadt unterrichtet hatte. Er wurde in einer Nacht- und Nebelaktion in den 1970 Jahren von der Schule verwiesen, ins Landesinnere umgesiedelt und durfte in der DDR nie mehr als Lehrer arbeiten. Auch er war – aus Sicht der SED-der Grenze zu nahegekommen. Er arbeitete später im kirchlichen Bereich und ist mit seinem Leben nicht unzufrieden. Dennoch bleibt die Frage: Weshalb musste ich meinen Wohnort verlassen und warum durfte ich meinen Beruf nicht mehr ausüben? Wer ist dafür eigentlich verantwortlich?

Die Zwangsausgesiedelten verloren ihre Heimat, ihre Arbeit, Freunde, ihren Besitz. Und am neuen Wohnort ging die politische Verfolgung durch Kontroll- und Zersetzungsmaßnahmen weiter.

Diese Lebensgeschichten machen deutlich, wie konkret politische Entscheidungen in Familienschicksale hineinwirkten, sie bestimmten und den betroffenen Menschen keine Spielräume ließen.

Die Kirchen unterstützten die Menschen nach Kräften: Bischof Mitzenheim aus Thüringen und Bischof Müller von der Kirchenprovinz Sachsen informierten in Schreiben an die Gemeinden über die Zwangsausiedlungen und wiesen auf den Verfassungsbruch hin. Bischof Mitzenheim intervenierte direkt bei der thüringischen Landesregierung.

Und dann – so erzählte es Achim Walther noch einmal – gab es plötzlich auch ungeahnte Spielräume. Bei der Sanierung des Kirchturms 1986 wurde auch der Knopf, also die Kugel auf dem Turm, geöffnet, das vorhandene gelesen und neue Dokumente eingelegt. Und man fand ganz überraschend auch kritische Worte über Politik des preußischen Königs. Und es entstand die Idee, über das Wesen der innerdeutschen Grenze zu berichten, was man ja nicht durfte, aber da oben im Turmknopf, wer weiß, wann der wieder geöffnet werden würde.... Und so berichteten sie über Schüsse und Explosionen die man gehört hatte mit Wünschen für eine baldige Deutsche Einheit. 1986 – nicht ahnend, dass diese Grenze die längste Zeit schon hinter sich hatte.

Die innerdeutsche Grenze und unser heutiges Gedenken gilt den verschiedenen Formen der Repression und des Grenzregimes. Wie den Zwangsausiedlungen.

Unser Gedenken gilt insbesondere den vielfachen gefährlichen Versuchen des Grenzdurchbruchs von Menschen, die diese Grenze nicht akzeptierten und die dabei schwer verletzt oder getötet wurden.

Anfang Juni d.J. wird in Berlin durch die Beauftragte für Kultur und Medien das Totenbuch für die Opfer an der innerdeutschen Grenze vorgestellt. Auch die Gedenkstätte Marienborn hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet und wird in nächster Zeit darüber informieren. Dass erst jetzt – 65 Jahre nach dem Beginn des Grenzregimes und 27 Jahre nach seinem Ende – das Totenbuch für die ca. 1.000 Opfer – allein an der innerdeutschen Grenze – erscheinen kann, zeigt wie schwierig die

Geschichte aufzuarbeiten und wie wenig sie abgeschlossen ist. Gleichzeitig mit dieser Publikation zu den Toten an der innerdeutschen Grenze erscheint eine Forschungsarbeit über Fluchten über die bulgarischen Grenzen nach Griechenland oder in die Türkei. Auch dort wurden viele Menschen Opfer des eisernen Vorhangs, des tödlichen Grenzregimes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind verstörende Geschichten von Menschen, die mit dem hohen Risiko ihr Leben zu verlieren oder bei Entdeckung für Jahre in Haft zu kommen oder schwer verletzt zu werden, versuchten, diese Grenze zu überwinden. Und jede dieser Geschichten schildert ein Einzelschicksal. In diesem Totenbuch werden auch die Menschen aufgeführt, die z.B. durch Unfälle ihr Leben verloren.

Ich erinnere an folgende bedrückende Begebenheit: Im Oktober 1978 versuchen die beiden Rainer Burgis und Wilfried Senkel den Grenzdurchbruch. Der geistig behinderte Rainer Burgis wird dabei von sechzig Metallsplintern der „Sicherungsanlage 501“ getötet, Wilfried Senkel überlebt schwer verletzt, wird von Salzwedel in das Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen überstellt und im Kreisgericht Magdeburg-Nord zu 2 Jahren und 9 Monaten Freiheitsentzug wegen eines Fluchtversuchs in schwerem Fall. Von seinem Begleiter Rainer Burgis ist dabei nie die Rede. Wilfried Senkel wird noch mehrfach versuchen, die Grenze zu durchbrechen und er wird noch mehrfach inhaftiert. 1991 stirbt er an den Folgen seiner schweren Verletzungen beim Grenzübertritt. Das Begräbnis von Rainer Burgis wurde von Staatssicherheit überwacht und kontrolliert. Wilfried Senkel erhielt ein Armenbegräbnis in Wolfsburg, beide Gräber sind mittlerweile eingeebnet. Beide haben Mütter und Väter, Geschwister und Freunde, in deren Leben danach alles anders war. Denn auch die Familien von sogenannten Grenzverletzern blieben als Angehörige von Staatsfeinden im Visier der Staatssicherheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, liebe Anwesende! Worin nun kann der Trost bestehen für die Menschen, die Angehörige an der Grenze verloren haben, für diejenigen durch Zwangsaussiedlung ihre Heimat verloren haben, für diejenigen die über Jahrzehnte von Grenzsicherungsmaßnahmen vor ihrer Haustür bedroht wurden?

Uns Menschen tröstet, wenn wir wissen, dass unser Leid, ein Verlust gesehen, mitempfunden und verstanden wird. Deshalb ist diese Veranstaltung zum 26. Mai in Hötenleben so wertvoll. Am Gedenken Anteil nehmen die obersten Repräsentanten der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und würdigen so die Opfer des Grenzregimes.

Manchmal aber hat es den Anschein, als könnte diese Würdigung die Betroffenen nicht ganz erreichen. Es gibt Enttäuschung, weil Betroffene von Zwangsaussiedlung keine materielle Entschädigung erhielten und es ihnen deshalb schwerfällt, zu spüren, dass ihr Schicksal anerkannt wird. Dennoch: der Gesetzgeber erklärt eindeutig, dass es sich bei Zwangsaussiedlungen um eine rechtsstaatswidrige Maßnahme handelt, die in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen berücksichtigt werden.

Zum Trost trägt eine kontinuierliche Gedenkkultur bei. Ich habe deshalb angeregt – auf der Grundlage des Totenbuchs – die Namen, die Geburts- und Todesdaten der an der innerdeutschen Grenze getöteten Frauen und Männer und Jugendlichen in einem Gedenkstein, einem Denkmal zu nennen. Ein solcher Gedenkstein könnte sowohl ein Ort der Trauer, der Erinnerung wie auch der Lebensgeschichten dieser Menschen sein.

Trost besteht darin, dass man sich in einer Gemeinschaft weiß, die Ähnliches erlebt hat und mit der man immer wieder im Gespräch ist, sich verstanden fühlt und sich unterstützt. Dafür ist die VOS, der Grenzdenkmalverein Hötenleben oder der Bund der Zwangsausgesiedelten wichtig, deren Arbeit Arbeit in Sachsen-Anhalt auch durch den Landtag und die Landesregierung gewürdigt und unterstützt

wird. Und so auch in Niedersachsen mit der Arbeit der dortigen Enquete-Kommission und dem Treffen zwischen den Opferverbänden beider Bundesländer in der kommenden Woche.

Eine andere Form des Trostes ist es auch, wenn Zeitzeugen Gespräche mit jungen Menschen führen. Damit leisten sie selbst einen Beitrag dazu, dass die Geschichte aus der Perspektive der Opfer erzählt wird, so wie Sie, liebe Frau Tröbs, das regelmäßig tun. Das ist ein nicht zu überschätzender Beitrag für ein Geschichtsbild junger Menschen. Das jahrzehntelang auferlegte Schweigen für immer ist zu Ende und beauftragt uns mit der Weitergabe von Wissen und Erfahrungen.

Und vielleicht gibt es eine Möglichkeit dafür, diesen Ort hier in Hötenleben doch auch noch etwas aufzuwerten – durch eine Möglichkeit, sich zu begegnen, wenn Führungen schlechtem Wetter begegnen ... Herr Walter hat da wichtige konkrete Ideen.

Trost aber ist auch für viele ihr Glaube und ihr Gottvertrauen, das sie durch schwere Stunden getragen hat. Und deshalb, weil wir uns ja hier zum Gedenken treffen, während in Berlin und Wittenberg Kirchentag ist, bringe ich das Kirchentagsmotto ins Spiel: „Du siehst mich“ – ist das Wort Hagers, die in die Wüste floh und keine Heimat und keinen Schutz hatte. Ihr Trost war: dass Gott sie sieht und sie freundlich im Blick hat.

Diese Erfahrungen der Gemeinschaft, der Unterstützung durch die Gesellschaft, der Aufarbeitung und der Öffentlichkeit, die zuhört, wünsche ich allen Betroffenen und ihren Familien.

Wir alle bleiben gemeinsam gefordert, sorgsam und respektvoll mit den Betroffenen und mit diesem Teil unserer Geschichte umzugehen als konsequenter Gegenentwurf zur totalitären menschenrechtsverachtenden kommunistischen Diktatur.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

26. Mai 2017

Birgit Neumann-Becker⁴

⁴Birgit Neumann-Becker

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Schleiufer 12

D-39104 Magdeburg

Tel.: +49-(0)391-560 15 01

Fax: +49-(0)391-560 15 20

Internet: <http://www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

E-Mail: <mailto:info@lza.lt.sachsen-anhalt.de>